

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

Setz: Antrag Schröder will nicht angenommene Paragraphen aus dem Tarif entfernen, sondern Annahme weiterer schädigender Bedingungen verhindern.

Gasch gegen Rosenlehner gibt in längerem Ausführungen seine Verteidigung für sein Verhalten beim Ersasse seines Briefes an Rosenlehner schriftlich kund, welches zur Kenntnis der Delegierten gelangt, aber in Uebereinstimmung des Büreaus ebenso wie der von Rosenlehner deponierte Brief nicht zum Abdruck gelangen soll.

Riedel gegen Rosenlehner: Ich habe bei Geltung der Unterschriften zum Tarife mich hauptsächlich dagegen gewandt, daß sich die Kreise der Gehilfenschaft den Spruch der Generalversammlung nicht abgemerkt, sondern derselben vorgegriffen haben, die allein kompetent sein muß, ob der Tarif anerkannt werden soll oder nicht.

Rosenlehner gegen Müller-Essen: Ich habe nur bemerkt, daß die Hamburger Vertreter auf den prinzipiellen Standpunkt hin gewählt wurden, während dies nicht überall der Fall war, wie aus einem Telegramm aus Bremen ersichtlich.

Müller-Essen gegen Rießschmann: Kollege Rießschmann behauptet, in Dessau wäre nur auf dem Boden der Tarifgemeinschaft gearbeitet worden, demgegenüber muß ich die Maßregelung unserer Verbandskollegen in der Buchdruckerei Gutenberg feststellen.

Schröder gegen Gasch: Zu der Aussage Gaschs, daß kein Gauvorstand gegen die fortgesetzte Sucht des Zentralvorstandes, unter allen Umständen mit den Prinzipalen Verhandlungen anzuknüpfen, erklärt der Unterzeichnete, daß der Gauvorstand Württemberg auf ein derartiges Zirkular ganz entschieden Protest dagegen einlegte, wie auch der Umerzeichnete es war, der auf der Breslauer Generalversammlung Stellung dagegen nahm. Herr Gasch schweig auf bejagter Generalversammlung über diesen Punkt.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlungen erhielt das Schlusswort nunmehr Reihhäuser: Ich muß von vornweg hier nochmals hervorheben, daß diese Generalversammlung nicht einberufen wurde, um persönliche Differenzen zum Austrage zu bringen, dies ist von Gasch hineingetragen, nur als Mittel zum Zweck, sondern wir müssen hier frei und rücksichtslos erklären, welche Wege fortan eingeschlagen werden sollen. Alles persönliche liege ihm fern, nur das Interesse für die Organisation sei ihm maßgebend. Die Wahlen zu dieser Generalversammlung erinnern lebhaft an die Reichstagswahlen von 1887. Auch hier sollte eine HurraMehrheit herauskommen, aber für Gaschs Pläne. Bei den Wahlen ist überall die Hand Gaschs sichtbar gewesen, als Beweis dafür führte er u. a. an, daß Gasch, als ein Kollege in einem kleinen Orte Bayerns einen Artikel gegen die Tarifgemeinschaft geschrieben, er denselben schrieb, er wolle ihn als Kandidaten zur Generalversammlung aufstellen. Ob die Thätigkeit unsers Redakteurs so weit gehe, überlasse er der Beurteilung der Kollegen. Aber die Folgen der Thätigkeit Gaschs, wie der Aufbruch der Leipziger Opposition, werden auch bei Ihnen (zur Opposition) hoffentlich nicht Anlaß finden; ich hoffe vielmehr, daß wir uns wiederfinden werden in unseren gemeinsamen Zielen; auf diesem reaktionären Standpunkte sind wir uns einig. Die Anschauungen über einzelne Punkte des Tarifs gehen weit auseinander, jeder von der Opposition hat ein neues Programm. Wir haben aber die neuen Bestimmungen schaffen helfen in der vollen Ueberzeugung, daß es das Beste und Erreichbarste für die Organisation ist und heute kann es nur heißen: Die Tarifgemeinschaft, die gegen. Kann speziell die Leipziger Kollegenschaft auf andre Weise mehr durchdringen, nun dann ja — ich zweifle stark daran, ebenso wie ich zweifle, daß es in anderen Gauen der Fall sein wird, deren Vertreter sich dagegen erklärt haben. Es ist viel gesprochen worden über die Unterchrift, aber Prinzipale und Gehilfen waren darin einig, daß es nicht eine Urabstimmung sondern nur eine Kontrolle über die Einführung des Tarifs sein soll. Was im Tarife steht, ist beschloffen, ob es Wirklichkeit werden wird, bleibt abzuwarten, da die Vorbereitungen dazu noch erst der Beschlussfassung unterliegen. Wer ihn aber unterschreibt, der muß auch denselben bezahlet verlangen und auch eintreten dafür und traurig, wer sich auch nur einen Pfennig davon abziehen läßt. Es wurde hier viel davon gesprochen, daß die Annahme des Tarifs unsre Thätigkeit lähmen würde. Nichts unrichtiger als das. Wenn der Tarif ist für mich ein fester Boden und wir werden durch ihn in eine tüchtige Bewegung hineinkommen und dafür arbeiten, daß derselbe bis in das kleinste Dörfchen hinein Geltung erhält. Unanständig war es, daß man den Gehilfenvertretern eins auswichte, weil sie dem Büreau ihren Dank ausdrückten, was jeder im öffentlichen Leben doch thun muß. Was die Arbeitsnachweise anbetrifft, so ist dies,

wie vieles andre, nur eine Zweckmäßigkeitfrage. Wir wissen, daß die jetzigen Prinzipals-Arbeitsnachweise — wie gerade in Leipzig — zu einer wahren Zuchtrute für die Gehilfen geworden sind, was es da nicht unsre Pflicht, zu versuchen, Einfluß auf dieselben zu erhalten? Auf Grundlage der Stettiner Resolution darf die Vermittlung nur erfolgen. Und haben nicht die modernen Gewerkschaften — wie z. B. in München — ihren Arbeitsnachweis aufgegeben, als ein städtisches Amt errichtet wurde. Ähnlich verhält es sich mit den Einigungsämtern und Schiedsgerichten; letztere sind nur bei tariflichen Streitigkeiten anzurufen und machen die Gewerbegerichte nicht überflüssig, und was die Aufbringung der Kosten anbetrifft, so wollten die Prinzipale, daß ihre Kampfhähne, die fortgesetzt vor denselben erscheinen, auch die Kosten dafür aufbringen. Ich setze dabei voraus, daß es bekannt sein dürfte, daß 90 Proz. der Klagen vor den früheren Tarifschiedsgerichten zu Gunsten der Gehilfen entschieden wurden. Weil dies der Fall, wurden sie ja auch auf Wunsch der Prinzipale aufgehoben. Bei jedem Konflikt suchen wir, laut Statut, bevor zum Außersten, dem Streit, geschritten, zu vermitteln; warum scheut man sich jetzt davor, wo die Prinzipale — ich gehe zu im eignen Interesse — mit dafür sorgen sollen, daß tarifliche Verhältnisse bestehen bleiben. Aber die Opposition gegen diese noch zu lebenden Institutionen sind künstlich hervorgerufen durch einen klüßigen Schachzug Gaschs in seiner Besichtigung, der zukünftige Tarifbeamte könne ein Kenegat werden. So ist die Sachlichkeit, mit der gekämpft worden, man hat nicht mehr mit ehrlichen Mitteln gekämpft, sondern alle Mittel waren recht, etwas zu bestämpfen, das aus praktischen Erwägungen hervorgegangen. Ich behaupte aber, die früheren Tarifbeamten, die Gasch uns als Beispiel angeführt hat und die zufällig alle auf Leipziger Boden gewachsen, sie waren nicht imstande, unsre Organisation so zu schädigen, wie er es mit seiner Kampfesweise jetzt gethan hat. In der Lehrlingsstafa ist allerdings eine Verschlechterung enthalten, indem sie gestattet, daß im letzten Jahre ein zweiter Lehrling eingestellt werden kann; aber sie bietet uns doch die Möglichkeit, gegen die Lehrlingsbrutalanstalten vorgehen zu können. Daß die Statistik vom Tarifamte besorgt werden soll, wird ebenfalls verurteilt, aber in dem Bewußtsein, daß wir wahrscheinlich durch unsern Einfluß eine bessere Statistik erhalten werden, als wenn die Unternehmer mit den Behörden dieselbe aufstellen, haben wir eine Schädigung darin nicht erblicken können. Wir können die besten Statistiken aufnehmen, sie werden nicht die Bedeutung erhalten, sondern als einseitig bezichnet werden. Der Tarif ist auf drei bezug. fünf Jahre festgelegt, was ebenfalls als schädlich bezichnet worden ist. Es steht aber ausdrücklich im Tarife, daß schon 1899 Abänderungen gemacht werden können, und sofern ein Bedürfnis dazu vorhanden, bietet die Annahme des Antrages Streder die Möglichkeit dazu. Ich kann also eine Schädigung in der Annahme des neuen Tarifs nicht erblicken, einen Nachteil davon haben nur die Berliner Kollegen, die — wenn sie egoistisch genug gewesen wären und sich hätten von der Allgemeinheit getrennt — mehr hätten erreichen können. So lange wie wir zusammenhalten und uns nicht zerplittern werden die Nachteile, welche sich eventuell ergeben könnten, minimal sein. Nun frage ich noch diejenigen, die diesen Tarif ablehnen wollen und sich damit auf den Kampfstandpunkt stellen: Was können wir den Prinzipalen abringen? Wie viel können wir den Prinzipalen erhalten? Was dürfte die Geschichte kosten? — Es ist auf der diesmaligen Generalversammlung Mode geworden, daß jeder Redner glaubt seinen Standpunkt zur modernen Arbeiterbewegung von vorn weg kund zu thun; ich habe nicht nötig meine Karte abzugeben, meine Thätigkeit dürfte genügen. Wir wollen das Klassenbewußtsein nicht opfern, wir wollen nicht der Phrase zustimmen, um dadurch die Organisation zu zerfetzen. Die Tarifgemeinschaft ist keine Prinzipalentrage, sondern eine Frage der Zweckmäßigkeit und ich glaube, daß wenn wir gemeinsam zusammenarbeiten, unsre Lage durch dieselbe verbessern können.

Diermit ist die Diskussion über Punkt 1 und beidungsweise Punkt 2 geschlossen; es wird zur Abstimmung geschritten; namentliche Abstimmung wird angenommen.

Das Büreau schlägt vor, über den Antrag Schröder zuerst abstimmen zu lassen; der Antrag wird zurückgezogen.

Müller-Essen und Stengele-Hamburg beantragen, zunächst über den Antrag Westminde-Bremerhaven abstimmen zu lassen; wird angenommen.

Die Tarifgemeinschaft wird mit 45 gegen 22 Stimmen angenommen.

Hierauf kommt Antrag Strecker zur Abstimmung. Für denselben stimmen 48 gegen 19.

Hierauf folgt Verlesung einer Resolution der Nachsennenmeister:

In Erwägung, daß die Bestimmung des neuen Tarifs, laut welcher dem Prinzipal gestattet ist, in Ausnahmefällen die Verkürzung der Arbeitszeit für die Drucker, anstatt, täglich, innerhalb einer bestimmten Frist in Form von ganzen oder halben Tagen einzuführen, viele Mißbilligkeiten für die beteiligten Drucker zur Folge hat, und daß außerdem eine Verallgemeinerung dieser Ausnahmestimmung die schwersten Nachteile für die Organisation in sich birgt, bezieht die außerordentliche Generalversammlung, alle Bestrebungen der organisierten Drucker, welche derartigen Bestrebungen entgegenstehen, zu unterstützen, überläßt es jedoch den einzelnen Gauen, die geeigneten Maßnahmen je nach Lage der Verhältnisse zu treffen. Kirsten, H. Winkelmann, F. Stewert, A. Schleinig, Treder, Blumenthal, Strecker, Stössel, Wachs. Dieselbe findet allgemeine Unterstützung.

Hierauf wird zu Punkt II, Beschlussfassung über die Haltung der Redaktion des Correspondenten in der Tarifsfrage eingetreten.

Hierzu liegt ein Antrag Steinbrück vor:

In Anbetracht, daß der Kollege Gasch in seiner Eigenschaft als Redakteur sich des größten Mißbrauchs seines Amtes insofern schuldig gemacht hat, als er das Gehilfenblatt zur Bekämpfung und Beschimpfung unsrer Organisation, sich zur Herbeiführung einer Spaltung bereit erklärt hat, spricht die heutige Generalversammlung die sofortige Amtsentsetzung des Redakteurs Gasch hiermit aus. Steinbrück, Wendische, Rosenlehner, Trautwein, Rießschmann, Nathusius, Buchholz, Schramm, Eichler, Karl Dominé.

Zunächst begründete Steinbrück seinen Antrag und wiederholte noch einmal die hierfür sprechenden, bereits bekannten Gründe und verwies auf die erbrachten Beweise, wie Gasch der Organisation geschadet. Man möge aber einen bestimmten Antrag auf Ausschluß ablehnen. Seiner Opposition hätten unlaute Motive untergelegen, sie sei diktiert durch ein ausgeprochenes Herrdicksgeiß, in dem Bestreben, die Präsidentenwürde für sich zu erringen. Einer solchen Opposition müsse ein für allemal ein Riegel vorgehalten werden; wir achten eine gesunde Opposition, nicht aber eine solche verwerfliche, auf lauter Unwahrheiten aufgebaute. Nehmen Sie meinen Antrag an, wir erfüllen damit unsre Pflicht.

Herr Krüger-Berlin gab folgende Erklärung ab:

Durch den Schluß der Debatte verhindert zu Wort zu kommen, habe ich auf diesem Wege — veranlaßt durch eine Briefkastennotiz im Corr. vor etwa vier Wochen, in welcher Herr Gasch mitteilte, daß seine Angriffe nur den beamteten resp. besoldeten Personen gelten sollen — im Auftrage der Beisitzer des Zentralvorstandes zu erklären, daß dieselben mit allen Anordnungen und Maßnahmen, welche durch den Vorsitzenden im Corr., Flugblätter usw. zum Ausdruck gekommen, vollständig einverstanden sind und die Verantwortung dafür übernehmen.

Hierauf erfolgte Abstimmung über den Antrag Steinbrück; derselbe wurde mit 65 Stimmen angenommen. Ein Delegierter enthielt sich der Abstimmung, einer war augenblicklich abwesend.

Ein Antrag Wenzel, Trautwein, Bojus, Schröder, Weber, Dominé, Hartmann:

Im Falle der sofortigen Amtsentsetzung des Redakteurs Gasch durch die Generalversammlung demselben sein Gehalt für die Monate Juli bis mit September auszuzahlen wurde ohne Debatte angenommen.

Die Kostendeckung für durch Herrn Gasch herausgegebene Flugblätter im Gesamtbetrage von etwa 350 M. wurde nach kurzer Debatte bewilligt.

Golbs-Dresden fragte an, wer die Kosten für das Steinbrück'sche Flugblatt trägt; Eisler erklärte, daß selbstverständlich der Verein die Kosten nicht übernehmen habe.

Betreffs der übrigen in der Redaktion thätigen Personen erklärte Döblin, daß sich Härtel sowohl wie Schmitz mit Gasch in Sachen der Agitation solidarisch erklärt haben.

Eisler erklärte, daß Schmitz bereits zugegeben, sich mit dem Abgange Gaschs ebenfalls als aus der Redaktion ausgeschlossen zu betrachten.

Eichler wünschte, daß über das Zulassen weiterer Wirksamkeit der betreffenden Personen die Generalversammlung entscheide.

Döblin riet im Hinblick auf Eichlers Engagement und kurze Thätigkeit in der Redaktion, hervorgerufen durch die Unmöglichkeit des Zusammenarbeitens mit Gasch, von einem derartigen Beschluß ab.

Kirsten-Karlsruhe wünschte das Verhältnis zwischen Gasch und Härtel nochmals zu prüfen.

Bettenworth-Meinland-Westfalen kann sich auch nicht für eine Amtsentsetzung entscheiden.

